

**Ergebnisprotokoll
der 11. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und
Energie vom 10.05.2012**

Beginn: 14.30 Uhr

Ende: 15.10 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Golasowski
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Hamann
Frau Kennard in Vertretung für Herrn
Jägers
Herr Schmitz
Herr Gottschalk
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Herr Hipp
Herr Imhoff
Frau Neumeyer in Vertretung für Herrn
Strohmann

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Dr. Schierenbeck
Herr Werner in Vertretung für Herrn
Saffe
Herr Saxe in Vertretung für Frau Dr.
Schaefer

Die Linke

Herr Arndt

II Verwaltung

Frau Kamp
Frau Sewz
Frau Kleemann
Herr Lübbling von Gärtner
Herr Eickhoff
Herr Richts
Frau Köhnlein
Herr Polzin
Herr Viering
Frau Urban
Herr Donaubauer
Frau Pieper

Der Senator für Umwelt, Bau und
Verkehr

BBN
ASV

III Gäste

Herr Becker
Herr Roßberg
Herr Dr. Steinbrück

Umweltschutzamt Bremerhaven
Beiratssprecher Hemelingen
Behindertenbeauftragter Bremen

IV Gastdeputierte

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der 11. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Senator Dr. Lohse und **Herr Staatsrat Golasowski** verabschieden **Frau Sewz**, die zehn Jahre lang die verschiedenen Deputationen betreut habe, bedanken sich für die sehr gute Zusammenarbeit und wünschen für die neue Aufgabe alles Gute.

Frau Sewz berichtet, dass sie die Nachfolge von Herrn Klapper im Bereich der Städtebauförderung, Ref. 72, antreten wird und bedankt sich bei den Anwesenden ebenfalls für die gute Zusammenarbeit.

Herr Senator Lohse kündigt an, dass er die Sitzung gegen 16 Uhr aufgrund der Anreise nach Berlin zur Vorbereitung der Bundesratssitzung vorzeitig verlassen muss.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung des Protokolls 18/10 vom 12.04.2012	
-------	--	--

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---	-----

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

TOP 4	Straßenbahnquerverbindung Georg-Bitter-Str. – Bismarckstr./ Stresemannstr. – Steubenstr. Bereitstellung von Planungsmitteln -ASV-	Vorlage 18/136
-------	--	-------------------

Herr Arndt regt an, die textliche Formulierung, wonach die Verlängerungspläne der Linie 10 und der Linie 2 mittelfristig nicht weiter verfolgt werden sollen, abzuändern. Hinsichtlich der Linie 2 sollte so formuliert werden, dass die Verlängerung im Augenblick nicht vorgenommen werden könne, aber mittelfristig an den Planungen weiter gearbeitet werden soll. Er plädiere an dieser Stelle für eine positive Formulierung zur Linie 2.

Herr Senator Dr. Lohse erklärt, dass er die Anregung grundsätzlich nachvollziehen könne. Konkret habe er diese Textpassage so kurzfristig nicht entdecken können. Das Ressort habe mehrfach klar angekündigt, dass im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplanes über genau diese Frage auch weiter gesprochen werden soll. Die Anregung, bis dahin möglichst neutrale Formulierungen zu verwenden, sei sicherlich richtig. Kurzfristig sei es aber auch richtig, die Planungsmittel – da sie an dieser Stelle zurzeit nicht benötigt werden, für die Querverbindung einzusetzen.

Herr Pohlmann teilt die Ausführungen von **Herrn Senator Dr. Lohse**. In der Debatte wurde sich darauf verständigt, dass die Querverbindung Georg-Bitter-Str. – Bismarckstr./ Stresemannstr. – Steubenstr. nachvollziehbar und richtig sei. Trotzdem teile er die Aussage von **Herrn Arndt**. Zurzeit können die Linie 2 und 10 nicht weiter verfolgt werden. Gleichwohl sollte man sie langfristig nicht aus den Augen verlieren und als Option offen halten.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Beauftragung der erforderlichen Planungsleistungen bis zur Einleitung der notwendigen Genehmigungsverfahren zur Erlangung des Baurechts und der Ausführungsunterlagen sowie der dargestellten Finanzierung zu.

- einstimmig -

TOP 5	Richtlinie zur Förderung der sparsamen und rationellen Energienutzung und – umwandlung in Industrie und Gewerbe (REN-Richtlinie) Hier: - Verlängerung der Geltungsdauer der REN-Richtlinie - Bericht der Verwaltung: Beantwortung der Fragen der Abgeordneten Frau Dr. Schierenbeck (Bündnis 90/Die Grünen) zur REN- Richtlinie -21-	Vorlage 18/128
-------	---	-------------------

Frau Dr. Schierenbeck bedankt sich für den umfangreichen Bericht. Die Verlängerung der REN-Richtlinie sei sehr wichtig, damit in Gewerbe und Industrie weitere Maßnahmen zur CO₂-Einsparung durchgeführt werden. Hier werden Maßnahmen, die einen besonders hohen Umweltentlastungseffekt erzielen, mit verhältnismäßig geringem Mitteleinsatz zusätzlich gefördert. In den kommenden Jahren müsse erreicht werden, dass bis 2020 noch mehr Gewerbe- und Industriebetriebe aktiv werden, um noch höhere CO₂-Einsparungen zu erzielen.

Herr Gottschalk meint, dass die rationellere Energienutzung in Industrie und Gewerbe eine der großen Herausforderungen ist, neben der CO₂-Einsparung im Immobilienbestand. Die geförderten Einsparmaßnahmen in der Einzelbetrachtung waren sehr eindrucksvoll. Gleichwohl sei es erstaunlich, dass neben z.B. kleinen Bäckereien u.a. auch die swb gefördert wurde. Insofern stelle sich die Frage, ob hier wirklich die richtige Zielgruppe gefördert werde. Aus seiner Sicht sollte das Augenmerk darauf gelegt werden, Anstöße für andere Betriebe zu geben und echte Kettenreaktionen auszulösen (Folgeeffekte). Die SPD möchte daher nicht nur die Verlängerung der Richtlinie beschließen, sondern im kommenden Jahr auf der Basis eines tiefer gehenden Berichtes diskutieren, ob es Verbesserungsmöglichkeiten für diesen Bereich gibt.

Herr Arndt schließt sich **Herrn Gottschalk** an.

Herr Richts führt aus, dass das Programm klar maßnahmenorientiert und nicht akteursorientiert sei. Die Förderung gebe es für die freiwillige Durchführung zusätzlicher Maßnahmen zur CO₂-Reduktion. Von den dadurch entstehenden Mehrkosten werde nur ein Teilbetrag gefördert. Eine Differenzierung nach Antragstellern erfolge nicht. In einem weiteren Bericht könnten die einzelnen Projekte auch gerne ausführlicher vorgestellt werden.

Herr Senator Dr. Lohse schlägt vor, den von **Herrn Gottschalk** erbetenen Bericht in Form einer Power-Point-Präsentation vorzutragen. **Herr Gottschalk** begrüßt dies. So könnten auch die Folgeeffekte besser dargestellt werden.

Herr Gottschalk hat einen Ergänzungsvorschlag zum zweiten Absatz des Beschlusses (fett):

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht zur Bilanz des REN-Programms zur Kenntnis und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr in zweitem Quartal 2013 über die bis dahin geförderten Projekte zu berichten und ggf. einen Vorschlag zur weiteren Ausgestaltung der Förderrichtlinie vorzulegen.

Frau Dr. Schierenbeck vertritt die Auffassung, dass mit relativ geringen Förderbeträgen relativ hohe Investitionen ausgelöst werden.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) beschließt, in Ziffer 8.6 der „Richtlinie zur Förderung der sparsamen und rationellen Energienutzung und – umwandlung in Industrie und Gewerbe (REN-Richtlinie)“ wird die Datumsangabe „30. Juni 2012“ ersetzt durch „31. Dezember 2020“.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht zur Bilanz des REN-Programms zur Kenntnis und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr in zweitem Quartal 2013 über die bis dahin geförderten Projekte zu berichten und ggf. einen Vorschlag zur weiteren Ausgestaltung der Förderrichtlinie vorzulegen.

- einstimmig -

TOP 6	Einführung eines Leitfadens für die Vergabe von freiberuflichen Leistungen (VOF-Leitfaden) -7-1-	Vorlage L/S 18/135
--------------	--	-----------------------

Herr Imhoff spricht die anliegende Senatsvorlage an. Dort stehe, dass nur 6 verschiedene Institutionen den Leitfaden anwenden sollen. Er bittet um Auskunft, warum nicht z.B. auch Eigenbetriebe oder sonstige Betriebe den VOF-Leitfaden anwenden müssen.

Frau Urban erläutert, dass der Leitfaden als Orientierungshilfe diene. Dieses Gemeinschaftswerk lehne an einen schon vorhandenen Leitfaden an, der obsolet geworden sei, weil die Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen 2009 novelliert wurde. Daher musste jetzt eine Anpassung vorgenommen werden, die mit diesem Leitfaden vorliegt. Er wurde in enger Abstimmung mit verschiedenen Fachressorts sowie auch den nachgeordneten Gesellschaften und Eigenbetrieben, die mit Bauleistungen zu tun haben, erstellt. Nach der Vergabeordnung gibt es verschiedene Rechtsgrundlagen. Bremenports z.B. tauche nicht in der Liste auf, da Bremenports die freiberuflichen Leistungen, die über die VOF-Leitlinie erfasst werden, nicht bediene. Bremenports unterliege einer Sektorenvergabeordnung. Themen wie Trinkwasser, Energie und Verkehrsleistung unterliegen anderen Vergabeverfahren. Der vorliegende Leitfaden befasse sich vornehmlich mit öffentlichen Bauaufträgen, die sich mit Planungsleistungen für Architektur- und Ingenieurbüros auseinandersetzen. Mit dem neuen Leitfaden wurden weitere Qualitätssicherungsmerkmale eingeführt.

Auf Nachfrage von **Herrn Hipp** erklärt **Frau Urban**, dass die Richtlinie auch für Bremerhaven gilt.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den vorgelegten Leitfaden zur Kenntnis und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr den Leitfaden dem Senat mit dem Ziel der verbindlichen Einführung für die Einheiten der Kernverwaltung und die in der Senatsvorlage aufgeführten Gesellschaften vorzulegen.

- einstimmig -

TOP 7	Neues KfW-Programm „Energetische Stadtsanierung“ Pilotprojekt im Quartier Ohlenhof -73-	Vorlage L/S 18/139
--------------	---	-----------------------

Herr Pohlmann hält es für sehr positiv, dass ein Förderantrag aus Bremen angenommen wurde. Positiv sei zudem, dass das Konzept für das Quartier Ohlenhof gemeinsam mit der Gewoba, der BreBau und der ESpaBau sowie dem Bildungsressort erstellt und umgesetzt werden soll.

Herr Pohlmann fragt nach, wann der im Beschlussvorschlag zugesagte Bericht vorgelegt werden soll.

Frau Urban berichtet, dass derzeit eine Ausschreibung vorbereitet wird. Eine erneute Berichterstattung sei für 2013 geplant. Auf Bundesebene gebe es insgesamt 82 bewilligte Pilotprojekte.

Herr Gottschalk fragt nach, ob seine Information richtig sei, dass es für das Land Bremen ein Kontingent von zunächst drei Projekten gebe (1 Bremerhaven, 2 Bremen).

Frau Urban erklärt, dass hierüber nichts bekannt sei. Das Ressort möchte sich zunächst auf das Quartier Ohlenhof konzentrieren. Gleichwohl können weitere Projektanträge gestellt werden.

Frau Dr. Schierenbeck begrüßt das neue Programm und hält es für sehr positiv, dass Bremen in der Pilotphase vertreten ist. Gleichwohl wünsche sie sich, dass noch weitere Anträge gestellt werden.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt die Vorlage zur Kenntnis.
Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, über den Fortgang der Angelegenheit zu berichten.*

- einstimmig -

TOP 8	Verschiedenes	
TOP 8a	Durchbindung der Farge-Vegesacker Eisenbahn	

Herr Polzin berichtet auf Wunsch von Frau Neumeyer zu den Problemen bei der Durchbindung der Farge-Vegesacker-Eisenbahn.

Herr Pohlmann bittet darum, den mündlichen Bericht in der kommenden Sitzung zusätzlich schriftlich vorzulegen.

TOP 8	Verschiedenes	
TOP 8b	Bericht der Verwaltung zum Antrag des Beirates Strom auf Lärmschutz an der A 281, BA 3/2 vom 25.04.2012	

Herr Imhoff bittet um einen schriftlichen Bericht der Verwaltung zum Antrag des Beirates Strom auf Lärmschutz an der A 281, BA 3/2, einstimmig beschlossen am 25.04.2012.

Herr Senator Dr. Lohse schließt die 11. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll